

Ungleichverteilung und Wirtschaftskrisen Analogie zwischen 1929 und heute

Von Prof. Dr. Christian Kreiß, Hochschule Aalen

Erschienen in *horizonte*, herausgegeben von der Koordinierungsstelle Forschung und Entwicklung der Fachhochschulen des Landes Baden- Württemberg, Mannheim, Nr. 33, Januar 2009, S.16-21

Fazit: Weltweit hat sich die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in den letzten zehn bis 25 Jahren deutlich vergrößert. Nur einmal in der jüngeren Geschichte war die Ungleichverteilung in den USA ähnlich stark wie heute: 1929. Bei dem sich derzeit abzeichnenden weltweiten Wirtschaftsabschwung dürfte es sich um weit mehr als eine "normale" Rezession oder Bereinigungskrise handeln. Die kommende Wirtschaftskrise dürfte weit härter, tiefer und länger sein als alle bisherigen Wirtschaftsabschwünge der Nachkriegszeit.

Wenn die Einkommen der großen Masse der Bevölkerung relativ sinken, muss auch die Massenkaukraft relativ sinken. Dies würde erklären, warum von dem vergleichsweise kräftigen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland in den letzten drei Jahren mit massivem Abbau der Arbeitslosigkeit so wenig im Empfinden der breiten Bevölkerung ankam und weshalb bei uns der Konsum nicht anspringen will: Der größte Teil des Sozialproduktzuwachses ist in die tiefen Taschen eines recht kleinen Teils, des reichsten Teils der Bevölkerung geflossen. Ein ähnlicher Trend zeigt sich in den USA in den letzten Jahren.

Massenproduktion setzt Masseneinkommen und Massenkaukraft voraus. Wenn die Masseneinkommen mit der Produktion nicht Schritt halten, entsteht eine Unterkonsumtionskrise wie 1929. Den USA gelang es von 1929 bis Kriegseintritt 1941 nicht, ihre Massenarbeitslosigkeit abzubauen, trotz flexibler Arbeitsmärkte, freiem Unternehmertum und New Deal mit expansiver Fiskal- und Geldpolitik. (Vgl. *Kindleberger, S.273ff.*)

I. Theoretische Überlegungen

Was bedeutet starke Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen - jenseits der Moralfrage - rein ökonomisch für fortgeschrittene Volkswirtschaften? Die oberen 5 bis 10% der Bevölkerung eines Landes bekommen einen immer größer werdenden Teil des in den letzten Jahren in den Industrieländern weltweit stark gewachsenen Volkseinkommens. Wohlhabende Familien konsumieren prozentual weniger von ihrem verfügbaren Einkommen als arme, sie sparen mehr, also fehlt allmählich immer mehr Nachfrage. Wie sollen z.B. Herr Bill Gates oder die Familie Porsche Brüder im Laufe ihres Lebens mehr als ein paar wenige Prozent ihres Einkommens konsumtiv ausgeben? Die wachsende Menge an produzierten Gütern und Dienstleistungen kann auf Dauer immer schwieriger abgesetzt werden. Es entsteht langsam ein Trend zu Unterkonsumtion bzw. Überproduktion. Was passiert dann? Wie kann die allmählich sich bildende Nachfragerücke geschlossen werden? Wer nimmt letztlich die Güter und Dienste ab?

1. Das Problem wird exportiert: Die überzähligen Güter werden gegen Kredit ins Ausland verkauft. In einigen Ländern fand dies in den letzten Jahren statt, z.B. Japan, China, Deutschland, sowie einige Öl- oder Rohstoffexportländer. Im Gegenzug muss es bei anderen Ländern hohe Leistungsbilanzdefizite geben, z.B. in USA, Spanien, Griechenland, Portugal.

Langfristig führen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte jedoch zu immer höherem Schuldendienst bei den Ländern mit Leistungsbilanzdefizit und so stößt die Außenverschuldung und damit die Güterabsorption an ihre Grenzen.

2. Der Staat muss eingreifen über steuerpolitische Umverteilung der immer ungleicher werdenden Markteinkommen. Reiche Menschen werden in kleinen Schritten stärker besteuert, die weniger reichen werden allmählich entlastet, Stichwort Reichensteuer und Begrenzung von Vorstandsgehältern, um den überproportional steigenden Markteinkommen der Besserverdiener entgegenzuwirken. Diese Umverteilungspolitik wirkt in Deutschland relativ stark: die Einkommensverteilung nach Steuertransfers (Sekundärverteilung oder Nettoeinkommen) ist stärker gleichverteilt als vor staatlichen Transferzahlungen (Primärverteilung oder Markteinkommen). (Vgl. Hubert, S.337) Umverteilungspolitik könnte auf Dauer funktionieren, wenn die Besserverdiener einverstanden sind und prozentual immer mehr Geld an den Staat abgeben als Ausgleich für ihre stärker wachsenden Markteinkommen und nicht die Steuerflucht ergreifen. Die zunehmende Besteuerung von Kapitaleinkommen stößt von Anfang an auf mehr Widerstand, weil das scheue Kapital über die Grenzen geschafft werden kann.

3. Der Staat lässt die Umverteilungsquote wie sie ist, macht aber ausgabenfreudige Fiskalpolitik, um die zu viel produzierten Güter aufzunehmen, wie etwa Japan in den 1990er Jahren. Das löst kurzfristig das Problem über mehr Schulen, Straßen, Krankenhäuser usw., führt aber langfristig entweder über Finanzierungsdefizite zu einem immer weiter steigenden Schuldenberg, was auf Dauer nicht durchhaltbar ist; oder es führt bei ausgeglichenen Staatshaushalten zu einer immer weiter steigenden Staats- und Steuerquote, was langfristig ebenfalls nicht durchhaltbar ist.

4. Die zunehmenden Ersparnisse der wohlhabenden Einwohner werden über das Finanzsystem verliehen an die weniger Wohlhabenden. Diese können dann, etwa über Konsumkredite mehr konsumieren und die Produktionslücke wird geschlossen, Unterkonsumtion findet nicht statt. Dies fand in großem Umfang während der letzten 10 Jahre in vielen Industrienationen statt, v.a. in USA, Großbritannien, Spanien, aber auch in anderen westlichen Ländern. Auf Dauer wird jedoch die Schuldenlast im Verhältnis zu den Einkommen so groß, dass die Verschuldung an Grenzen stößt und der Konsum nicht weiter steigen kann.

5. Es wird von der Wirtschaft weniger investiert und produziert: Dann gibt es keine Überproduktion, allerdings werden weniger Arbeitskräfte benötigt und es entsteht Arbeitslosigkeit. Diese führt wiederum zu weniger Einkommen und weniger Nachfrage, der Abwärtsprozess wird verschärft und löst möglicherweise eine Depression aus.

Im wesentlichen versuchte man in den letzten 10 Jahren in den Industriestaaten das Problem über Punkt 1 (vermehrte außenwirtschaftliche Ungleichgewichte) und Punkt 4 (im Inland vermehrte Kredite der Wohlhabenden an die weniger Wohlhabenden) zu lösen. Beide Lösungsansätze sind langfristig nicht tragbar.

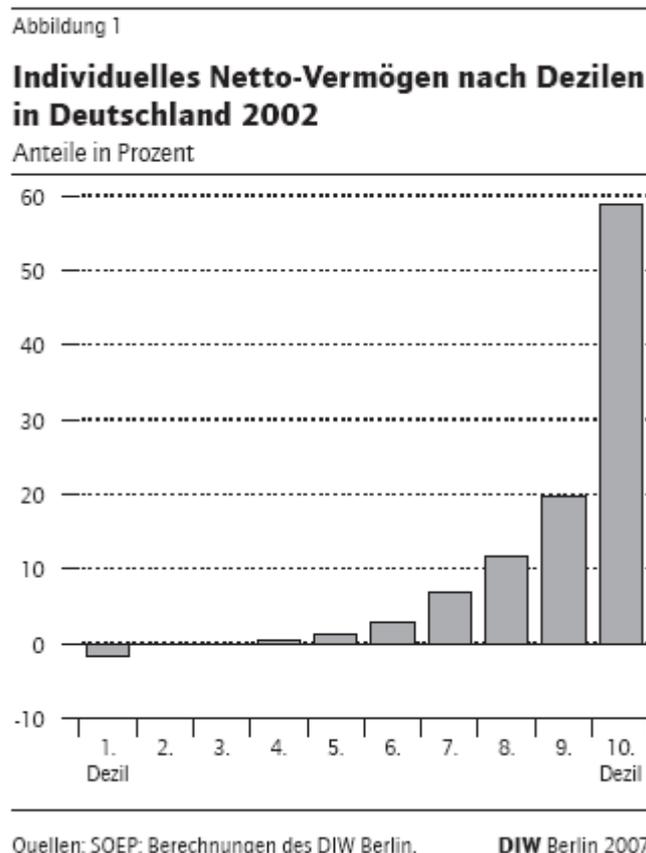
Wenn die zunehmende Ungleichverteilung von Markteinkommen und Vermögen nicht an der Wurzel beseitigt wird, müsste mittelfristig ein Wirtschaftswachstumsproblem wie oben unter Punkt 5 skizziert auftreten: Wirtschaftsabschwung und Krise.

II. Aktuelle Trends zur Ungleichverteilung bei Vermögen und Einkommen in Deutschland und USA:

Deutschland:

1. Laut einer Studie von McKinsey sank von 2000 bis 2006 die Mittelschicht, also diejenigen Personen, die 70 bis 150% vom Durchschnittseinkommen verdienen, von 62 auf 54% der Bevölkerung. Der Anteil der Armen, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens verdienen, erhöhte sich zwischen 1996 und 2006 von 7,3% auf 11,4% der Bevölkerung, der Anteil der Reichen (über 200% des Durchschnittseinkommens) stieg im gleichen Zeitraum von 6,4 auf 9,2% der Bevölkerung. (Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 5.5.2008)

2. Eine Studie des DIW Berlin vom 7.11.2007 kommt für Deutschland zu dem Fazit: "Rund zwei Drittel der Bevölkerung verfügten im Jahr 2002 über kein oder nur ein sehr geringes individuelles Netto- Vermögen (Geld- und Realvermögen). Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 Prozent knapp 60% des gesamten Vermögens." Die obersten 1 Prozent der Bevölkerung verfügten 2002 demnach über mehr als 20% des gesamten deutschen Vermögens. Die unteren 70 Prozent der Bevölkerung haben im Gegensatz dazu einen Anteil am Gesamtvermögen von unter 10 Prozent. (DIW November 2007)



3. Laut Sachverständigenrat sank die Arbeitseinkommensquote in Deutschland zwischen 2000 und 2007 von 80,2% auf 73,6%. (Vgl. *Hubert*, S.337) Das heißt, den Arbeitnehmern fließen derzeit etwas weniger als drei Viertel der produzierten Güter und Dienstleistungen zu. Mehr als ein Viertel dessen, was täglich produziert wird, fließt auf die Konten der Eigentümer von Kapital und Boden, d.h. zum größten Teil auf die Konten der 10% reichsten Familien in Deutschland. Man könnte dies als eine Art "Reichensteuer" bezeichnen: die reichen Familien

bekommen über ein Viertel der produzierten Güter und Dienstleistungen als Nicht- Arbeits-Einkommenszuflüsse aus Zinsen, Dividenden und Bodenrenten.

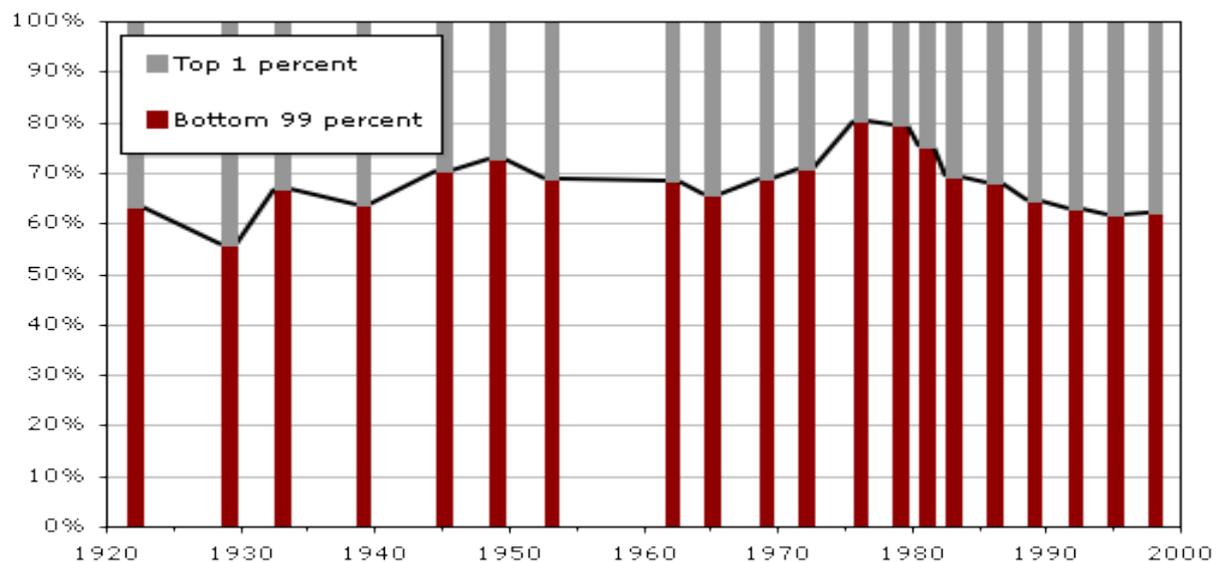
4. Zwischen 2000 und 2008 sind laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans- Böckler Stiftung die Reallöhne in Deutschland um 0,8 Prozent gesunken. (*Süddeutsche Zeitung 20.10.2008*) Im selben Zeitraum stieg das deutsche Sozialprodukt um 10 Prozentpunkte. (*Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 2008*) Wo sind die 10% Wohlstandsmehrung geblieben?

5. Laut einer OECD- Studie vom 21.10.2008 hat sich die soziale Kluft in Deutschland zwischen 1985 und 2005 von allen 30 OECD- Staaten am stärksten erhöht. So stieg etwa die Kinderarmut in Deutschland in diesen 20 Jahren von 7% auf 16% und der Anteil von Personen mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens erhöhte sich von 6,3% auf 11,0%. (*Financial Times Deutschland 22.10.2008*)

USA: Ähnlich starke Vermögens-Ungleichverteilung heute wie 1929

Nach einer Langfriststudie zur Entwicklung der Vermögensverteilung in den USA zwischen 1922 und 1998 war die stärkste Ungleichverteilung 1929 festzustellen: damals besaßen die obersten 1% der US- Amerikaner 44,2% des Gesamtvermögens, 1998 betrug der Anteil 38,1%, nachdem er Mitte der 1970er Jahre auf etwa 20% gesunken war. (*Domhoff, S.4*) Von 1998 bis 2004 hat die Ungleichverteilung der Vermögen zugenommen, so dass sie sich heute wieder dem Wert von 1929 annähert (s. Abb.1).

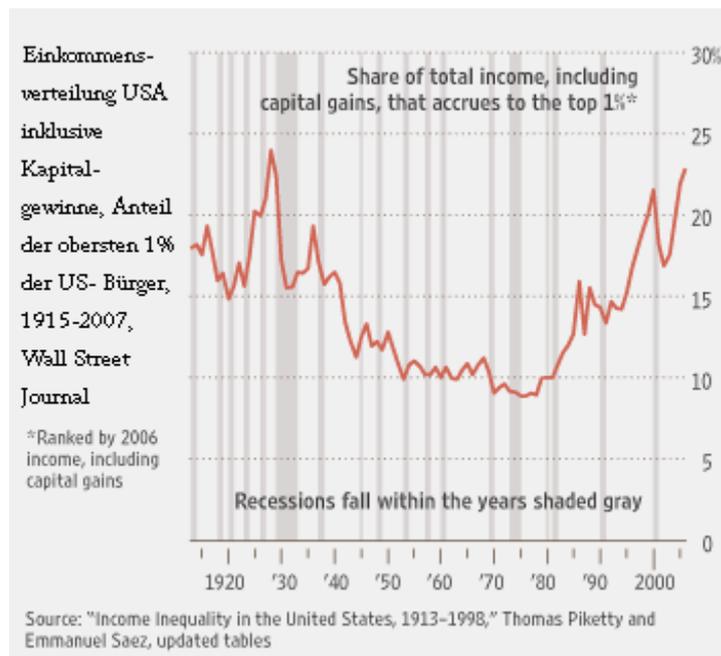
Abb.1: Anteil am US- Vermögen der reichsten (top) 1% der US-Bevölkerung und der unteren (bottom) 99% der US-Bevölkerung 1922-1998 (*Domhoff, S.2*)



Die Einkommensverteilung ist weniger ungleich als die Vermögensverteilung: Während die oberen 20% der US- Haushalte 2004 84,7% des Gesamtvermögens besaßen, entfiel auf sie ein Einkommensanteil von 50,1%. (*The Distribution of Wealth in America, S.3*) Dennoch ist auch die Ungleichverteilung der Einkommen in den USA erheblich: Die obersten 0,1% der Einkommensbezieher, also etwa 300.000 Menschen, hatten 2004 ein höheres Vorsteuereinkommen als die ärmsten 120 Millionen US- Amerikaner. (*Domhoff, S.7*)

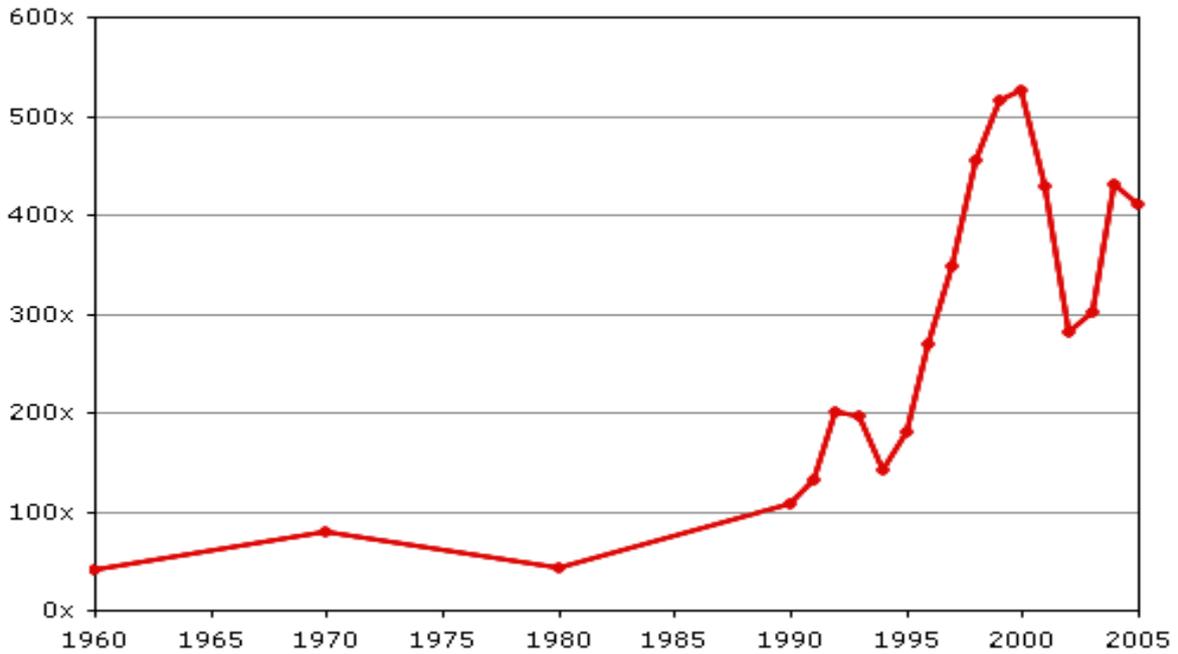
Die Ungleichverteilung der Einkommen hat dabei seit Anfang der 1980er Jahre deutlich zugenommen (siehe Abb.2). Von 1977 bis 2007 stieg der Einkommensanteil der obersten 1% der US- Bevölkerung von unter 10% auf 23-24% des Gesamteinkommens (*Wall Street Journal* 27.10.08). Zum Vergleich: 1929 betrug der Anteil der top 1% der US- Bevölkerung 23,9% (*Wall Street Journal* 27.10.2008) Während die untersten 80% der US- Amerikaner 1982 einen Einkommensanteil von 48,1% hatten, schrumpfte dieser bis 2000 auf 41,4% der Gesamteinkommen. 2007 erreichte der Grad der Ungleichverteilung erstmals wieder die Höhe von 1929 (siehe Abb.2).

Abb.2: Anteil am US- Einkommen der reichsten (top) 1% der US-Bevölkerung und der unteren (bottom) 99% der US-Bevölkerung 1915-2007 (*Wall Street Journal* 27.Okt.2008)



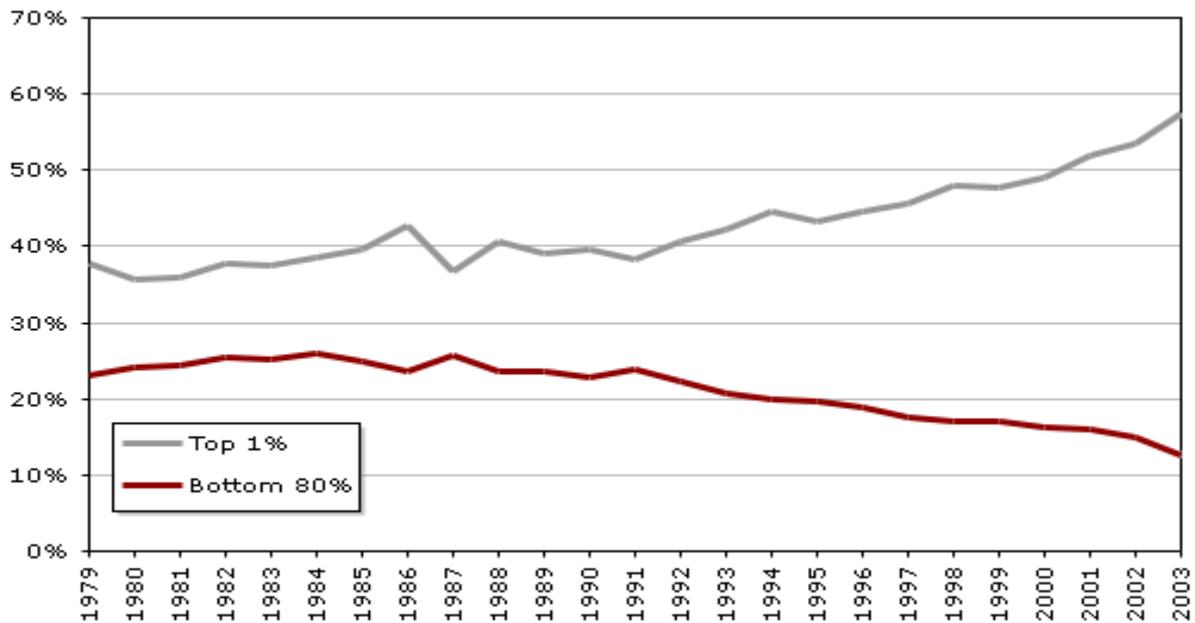
Ein weiterer Indikator für die in den letzten Jahren zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen ist die Bezahlung von Vorständen im Verhältnis zum Durchschnittsarbeiter desselben Unternehmens. Der Vorstandsvorsitzender (CEO) bekam 2007 180 Mal soviel wie Durchschnittsarbeiter, 1994 90 Mal soviel. (*Wall Street Journal*, 28.4.2008) Nach anderen Quellen stieg dieses Verhältnis noch deutlich stärker (s. Abb.3)

Abb.3: Vielfaches der Durchschnittsgehälter von Vorstandsvorsitzenden (CEOs) im Verhältnis zu den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen (*Domhoff*, S.9)



Der Trend zur Ungleichverteilung bei den Vorstandsbezügen und dem Anteil der Kapitaleinkommen hat sich in den USA seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erheblich beschleunigt (siehe Abbildung 4).

Abb.4: Anteil am Kapitaleinkommen der obersten (top) 1% der US- Bevölkerung und der untersten (bottom) 80% der US- Bevölkerung 1979-2003 (Domhoff, S.8)



III. Wie stark wird der kommende Wirtschaftsabschwung?

Bei der sich jetzt abzeichnenden Rezession dürfte es sich aus folgenden Gründen um mehr als eine "normale" Rezession bzw. eine normale Bereinigungskrise handeln.

Aufgrund der in den letzten 25 Jahren weltweit gestiegenen Ungleichverteilung konzentrieren sich die Kapitalmassen relativ gesehen in immer weniger Händen. Da die gestiegenen Vermögen von den wohlhabenden Haushalten nicht konsumtiv ausgegeben werden können, vermehren sie sich immer stärker. Aufgrund des Zinseszins-effektes wachsen die Vermögen logarithmisch an. Bei einer jährlichen Rendite von 7% zum Beispiel verdoppelt sich das Vermögen alle 10 Jahre, das heißt nach 50 Jahren wächst ein Nominalvermögen von 1 Million auf 32 Millionen. Bei inflationsbereinigter Betrachtung stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar. Solange ein Vermögen real stärker wächst als das reale Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, konzentrieren sich Einkommen und Vermögen bei den Kapital- und Bodeneigentümern. Wie die obigen Zahlen zur zunehmenden Ungleichverteilung zeigen, hat dies in den letzten ca. 25 Jahren stattgefunden.

Diese wachsenden Kapitalmassen suchen international nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten. Die reichlich zur Verfügung stehenden "vagabundierenden" Geld- bzw. Kapitalmittel führen zu hohen Investitionen in Sachanlagen aller Art weltweit, im Wesentlichen:

1. In Grund und Boden: es entstand bis 2007 eine ganze Reihe von Immobilienblasen weltweit, bei weitem nicht nur in den USA, sondern auch in den meisten Ländern Europas und vielen Ländern Asiens. Es bildeten sich Bodenpreise und Immobilienstrukturen, die einem Krebsgeschwür gleichen. Der spanische Ökonom Montalvo spricht in diesem Zusammenhang für Spanien von "krankhaftem unkontrolliertem Wachstum - Immobilientumor". (*Die Welt*, 3.4.2008).

2. In Produktionsmittel: es wird im Verhältnis zu den nicht mithaltenden Konsummöglichkeiten der großen Mehrheit der Menschheit ein zu großes Produktionspotential aufgebaut. Diese verhältnismäßig zu großen Produktionsanlagen, die ebenfalls an Karzinome erinnern, müssen den Nachfrageverhältnissen angepasst werden. Eine Analogie dazu zeigt die Automobilindustrie in den USA 1929 und in den Folgejahren: Die zu hohen Produktionskapazitäten mussten über viele Jahre schmerzhaft der Nachfrage angeglichen werden, die während der Überinvestitionsphase von 1924 bis 1929 nicht hatte mithalten können.

Ein großer Teil der privaten Haushalte in vielen Ländern lebte in den letzten 10 bis 20 Jahren über seine Verhältnisse. Dies zeigt sich an der in vielen Ländern dramatisch gestiegenen Verschuldung der privaten Haushalte. So stieg etwa in Spanien die Verschuldung der privaten Haushalte zwischen 1995 und 2006 von 50% auf gut 130% des verfügbaren Jahreseinkommens, in Deutschland von 90 auf 100%, in den USA von 100% auf 140% und in Großbritannien von 100% auf 160% des Jahreseinkommens. (*Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2007*) Volkswirtschaftlich bedeutet dies, dass ein großer Teil des Wirtschaftswachstums der vergangenen 10 Jahre "auf Pump" bzw. nicht nachhaltig finanziert wurde. In dem Moment, wo die Kreditzufuhr an die hoch verschuldeten Haushalte eingestellt wird, wie es derzeit geschieht, dürfte eine lang anhaltende Stagnation oder Rückgang der Nachfrage und damit des Wirtschaftswachstums einsetzen.

Auch eine ganze Reihe von Ländern lebte in den vergangenen Jahren weit über ihre Verhältnisse und finanzierte dies ebenfalls "auf Pump" aus dem Ausland, z.B. Island, aber auch viele osteuropäische Länder sowie, innerhalb des Euro- Raumes, v.a. Griechenland, Spanien und Portugal. Das Rückgängigmachen dieser Ungleichgewichte wird sich langwierig und schmerzvoll, aber unausweichlich vollziehen. Spätestens seit Februar 2008 wetten große US- Hedge- Fonds darauf, dass die Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen innerhalb des

Euro- Raumes zunehmen. (*Wall Street Journal*, 7.2.2008, *EU Balance Gets Shaky*). Dies ist mittlerweile in massivem Umfang eingetreten. So musste der Staat Griechenland etwa am 30.10.2008 1,5 Prozentpunkte mehr für eine Staatsanleihe bezahlen als die Bundesrepublik Deutschland (*Süddeutsche Zeitung* 31.10.2008), während noch vor etwa zwei Jahren die Zinsdifferenz nicht mehr als 0,2 Prozentpunkte betrug. In letzter Konsequenz laufen diese Wetten darauf hinaus, den Euro zu sprengen, was die starken Kursverluste des Euros gegenüber dem US- Dollar in den letzten Monaten miterklären könnte.

Die bislang getroffenen dramatischen Maßnahmen sowohl der Notenbanken wie der Regierungen weltweit sind sicherlich richtig und begrüßenswert, um akutes größeres Unheil abzuwehren. Wenn jedoch die obige Argumentation der realen "Krebsbildung" stimmt, so wird ungeachtet aller politischen Maßnahmen eine dramatische reale Bereinigungskrise stattfinden.

Literatur (Auswahl)

Deutsche Bundesbank, diverse Monatsberichte

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, Wochenbericht 7. Nov. 2007

Die Welt, diverse Ausgaben

Domhoff, G. William, Wealth, Income and Power, in: WhorulesAmerica.net, www.sociology.ucsc.edu

EZB Monatsberichte, diverse Ausgaben

Financial Times Deutschland, diverse Ausgaben

Hubert, Frank, Einkommensverteilung und Gerechtigkeit, in: WISU Das Wirtschaftsstudium, Lange Verlag Düsseldorf, März 2008

Kindleberger, Charles Poor, Die Weltwirtschaftskrise, München, 3.Auflage 1984

Süddeutsche Zeitung vom 5.5.2008: Mittelschicht in Deutschland schrumpft McKinsey-Studie: Millionen Menschen droht der Abstieg - wenn Wirtschaft nicht stärker wächst.

The Distribution of Wealth in America, www.faculty.fairfield.edu

Wall Street Journal, diverse Ausgaben

Angaben zum Autor:

Der Autor studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in Wirtschaftsgeschichte in München. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier in verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als investment banker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, MBA- Vorlesungen im Bereich investment banking.

November 2008

Email: christian.kreiss@htw-aalen.de